

**PARLAMENTSREDE** von Jochen Esser, MdA - finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 70. Sitzung vom 23. September 2010 zum Thema: Steuergerechtigkeit

**Herr Präsident! Meine Damen und Herren!** Was für eine trübe Debatte!

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Werte Frau Matuschek! Werter Herr Goetze! Können wir uns nicht darauf einigen, was offensichtlich ist? – Berlin hat ein Einnahme- und ein Ausgabeproblem.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Auf beiden Seiten muss etwas passieren. Herr Goetze! Ich gebe Ihnen recht, wenn man Frau Matuschek hört, müsste man denken, die sinnvollen Anträge, die wir unterstützen, seien nur Teil der haushaltspolitischen Drückebergerei nach dem Motto: Der Bund ist ganz alleine schuld, wir selbst können gar nichts tun! Das wird uns in der Frage, dass in den nächsten Jahren Ebbe in der Landeskasse herrscht, nicht weiterhelfen. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass den obersten Kassenwart, Herrn Nußbaum, letzte Woche plötzlich der Mut verlassen hat, mit uns darüber zu diskutieren,

[Christoph Meyer (FDP): Trennungsschmerz!]

obwohl gerade diese Debatte zeigt, dass ein Kassensturz von Ihrer Seite ganz gut wäre. Weder Herr Graf noch Herr Wieland noch meine Wenigkeit hätten Ihnen dafür den Kopf abgerissen, und Frau Matuschek hätte vielleicht ein bisschen was darüber gelernt,

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Frau Matuschek war nicht eingeladen!]

wie es auf der Einnahme- und wie es auf der Ausgabenseite aussieht.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Sie hätte euch erzählt, wo es lang geht!]

Ich kann mich nur wundern, wenn Herr Wowereit und Sie diesen überfälligen Kassensturz und die Aussagen über Haushaltswahrheit tatsächlich erst nach der Wahl 2011 machen wollen, denn ich frage mich, wie das aussehen soll. Der Regierende Bürgermeister und der Finanzsenator stellen sich hin und sagen: „Ups! Das haben wir gestern noch gar nicht gewusst, dass Ebbe in der Kasse ist. Oh je! Jetzt fällt uns auf, dass wir auf Jahre mit dem Ausgabenniveau auskommen müssen, das wir heute haben.

[Senator Dr. Ulrich Nußbaum: Das macht ihr doch schon die ganze Zeit!]

Oha! Wir sind erst vor fünf Minuten darauf gekommen, dass wir dann alle politischen Schwerpunkte und unvermeidlichen Preissteigerungen durch Kürzungen an anderer Stelle gegenfinanzieren müssen.“ Entschuldigung, Herr Nußbaum, da lachen die Hühner. Auf so eine Idee können eigentlich nur Leute kommen, die bereits heute davon ausgehen, nach der Wahl nicht mehr an der Regierung zu sein, andernfalls wäre eine solche Wahlkampfstrategie samt anschließender Verrenkung doch zu absurd.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Das heißt aber nicht – weil Sie da klatschen, Herr Goetze –, dass der Weg aus der Haushaltsnotlage in Berlin neben strukturellen Einsparungen nicht auch tatsächliche

Einnahmeverbesserungen erfordert. Auch Sie müssen einsehen, ohne Einnahmeverbesserung klappt der Haushaltsausgleich vermutlich schon rein rechnerisch nicht, ganz bestimmt nicht in der sozialen Balance.

[Senator Dr. Ulrich Nußbaum: Aber klar!]

Dazu müssen Sie an die heran, die man so schön die starken Schultern nennt. Unsere Vorschläge liegen nicht erst seit heute auf dem Tisch: Stärkere Besteuerung höchster Einkommen, Erhebung einer Vermögensabgabe oder -steuer, Einführung der Transaktionssteuer, Entwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, und deshalb wird es niemanden verwundern, dass wir eine entsprechende Bundesratsinitiative des Senats unterstützen werden. Was uns in Ihrem Paket allerdings fehlt, das ist die überfällige Reform der Grundsteuer und vor allem der Abbau von ökologisch schädlichen Steuersubventionen.

[Beifall bei den Grünen]

Da wird viel mehr Geld verbrannt als eine Vermögenssteuer jemals bringen kann, und dass Ihnen das, Herr Zackenfels, keine Zeile wert ist, zeigt, dass der Gedanke von Klima- und Umweltschutz bei Ihnen immer noch nicht hinreichend angekommen ist. Vielleicht können wir da in der Ausschussberatung mit einem weiteren Spiegelstrich nachhelfen.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf von Stefan Zackenfels (SPD)]

Unsere gemeinsame Sorge – und deshalb fand ich die Debatte trübe – muss doch sein, dass wir den kommenden Generationen nicht nur Schulden hinterlassen. Unser Ziel muss doch sein, den Menschen die Sorge zu nehmen, dass die Staatsschuldenkrise sie am Ende um ihre Ersparnisse bringt und ihre Altersversorgung gefährdet. Mit der Finanzkrise ist doch dem Letzten – mit Ausnahme von Frau Matuschek – deutlich geworden, dass wir nicht dauerhaft über unsere Verhältnisse leben können. Deshalb, werte Kollegen und Kolleginnen von CDU und FDP, sage ich Ihnen unumwunden: Wo der Senat recht hat, hat er recht. Da fällt mir kein Oppositionszacken aus der Krone.

**Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:** Herr Kollege! Sie sind am Ende Ihrer Redezeit!

**Joachim Esser** (Grüne): Genau! – Wir alle zusammen müssen die Bundesregierung dazu bringen, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden nachhaltig zu verbessern. Dafür insbesondere die Hauptverantwortlichen für das Finanzmarktdesaster heranzuziehen, ist eine Frage der Gerechtigkeit, der hier niemand im Saal ausweichen kann.

[Beifall bei den Grünen]